

Kurzfristige Beschäftigung | 05.03.2020 | Lesezeit 1 Min.

Mehr Regulierung wäre schädlich

Die Betriebe in Deutschland haben zuletzt eher unbefristete Stellen geschaffen und zugleich flexible Beschäftigungsverhältnisse wie befristete Jobs, Zeitarbeit und Werkverträge reduziert als umgekehrt. Eine strengere Regulierung der flexiblen Erwerbsformen ist daher nicht nur unnötig, sie könnte sogar Arbeitsplätze kosten.

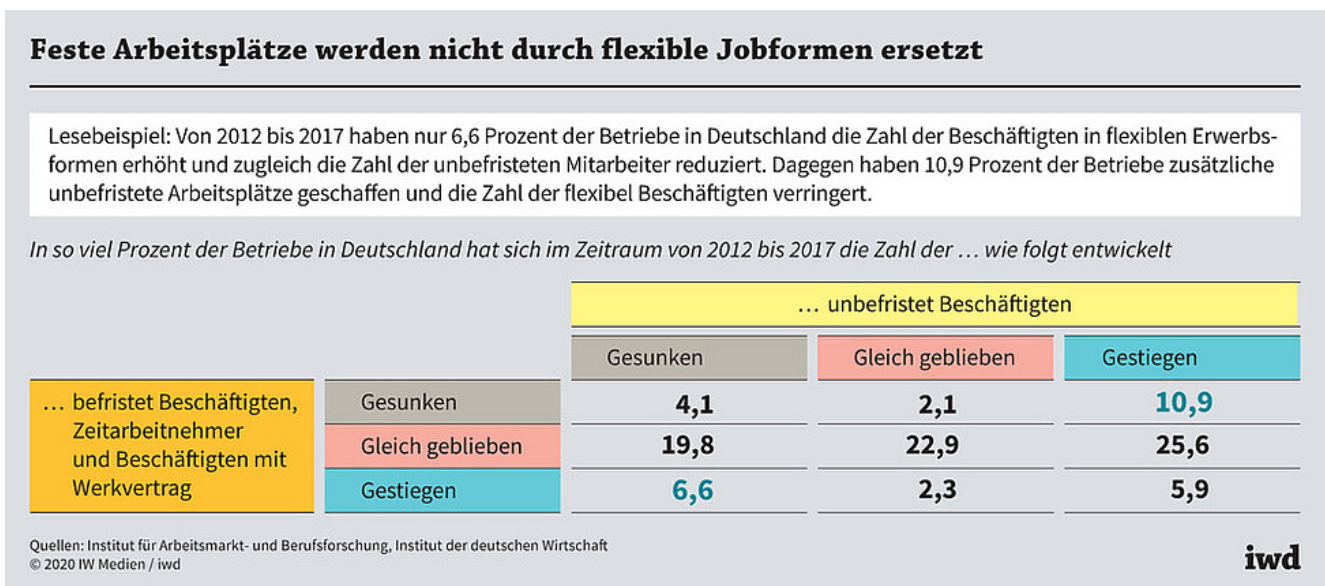
Das Gerücht hält sich hartnäckig: Die Unternehmen in Deutschland reduzieren aus Kostengründen ihre Kernbelegschaft und stellen stattdessen Mitarbeiter nur befristet ein, heuern Zeitarbeitnehmer an oder setzen auf Werkverträge, in deren Rahmen externe Kräfte eine festgelegte Leistung für den Betrieb erbringen.

In der Realität aber ist zwar der Anteil der 15- bis 64-Jährigen, die einer sogenannten atypischen Beschäftigung nachgehen, zwischen 2005 und 2018 von 12,4 auf 13,9 Prozent der gleichaltrigen Bevölkerung gestiegen. Im selben Zeitraum erhöhte sich jedoch der Anteil der Beschäftigten in Normalarbeitsverhältnissen von 40,2 auf 48,6 Prozent.

Fast 37 Prozent der Betriebe in Deutschland haben von 2012 bis 2017 ihre Kernbelegschaft aufgestockt, ohne zugleich auch auf mehr flexibel beschäftigte Arbeitskräfte zu setzen.

Dass die vermeintlich prekären Jobs reguläre Arbeitsplätze nicht verdrängen, sondern ergänzen, zeigen auch die repräsentativen Paneldaten von rund 16.000 Betrieben, die regelmäßig vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) befragt werden (Grafik):

Nur rund 9 Prozent der Betriebe in Deutschland haben von 2012 bis 2017 die Zahl ihrer flexiblen Beschäftigungsverhältnisse ausgeweitet, ohne gleichzeitig auch mehr unbefristete Mitarbeiter zu beschäftigen.



Dagegen haben fast 37 Prozent der Betriebe ihre Kernbelegschaft aufgestockt und zugleich die Zahl der flexibel beschäftigten Arbeitskräfte reduziert oder konstant gehalten.

Aus dem IAB-Betriebspanel geht auch hervor, dass die Unternehmen vor allem dann verstärkt auf Befristungen, Zeitarbeit und Werkverträge zurückgreifen, wenn die Geschäftsperspektiven besonders unsicher sind.

Vor diesem Hintergrund sind die Absichten der Bundesregierung, befristete Jobs stärker zu regulieren, kontraproduktiv. Denn für die Betriebe würde es daraufhin mühsamer, personalpolitisch flexibel auf Konjunkturschwankungen zu reagieren.

Vermutlich würden die Unternehmen dann generell weniger Arbeitskräfte nachfragen
- was vor allem Berufsanfänger und Wiedereinsteiger hart treffen könnte.

Kernaussagen in Kürze:

- Anders als oft vermutet verdrängen Befristungen, Zeitarbeit und Werkverträge in Deutschland keineswegs die regulären Arbeitsplätze.
- Nur rund 9 Prozent der Betriebe haben von 2012 bis 2017 die Zahl ihrer flexiblen Beschäftigungsverhältnisse ausgeweitet, ohne zugleich auch mehr unbefristete Mitarbeiter zu beschäftigen.
- Die Absichten der Bundesregierung, befristete Jobs stärker zu regulieren, wären kontraproduktiv und könnten Arbeitsplätze kosten.